

# Sozialdemokrat

Einzelpreis 70 Heller.  
(Einschließlich 6 Heller Porto)

Zentralorgan d. Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei i. d. Tschechoslowakischen Republik.  
Erscheint mit Ausnahme des Montags täglich früh.

2. Daktion u. Verteilung: Drag II, Prágonia 18 • Preis: 20703, 31409, Nachdruck: ab 21 1171; 33558 • Dohledami: 57544

13. Jahrgang.

Sonntag, 15. Oktober 1933

Nr 242.

## Austritt Deutschlands aus dem Völkerbund

### Die deutsche Delegation verläßt die Abrüstungskonferenz

### Reichstag und Länderparlamente aufgelöst Wahlkomödie und 'Volksabstimmung' am 12. November

Berlin, 14. Oktober. Das Wolffsche Bureau meldet: Die Reichsregierung hat wegen der demütigenden Lage auf der Abrüstungskonferenz den Austritt Deutschlands aus dem Völkerbund erklärt. Gleichzeitig hat die deutsche Vertretung die Abrüstungskonferenz verlassen.

Um der Nation Gelegenheit zu geben, zu den Lebensfragen des deutschen Volkes Stellung zu nehmen, hat der Reichspräsident durch Verordnung vom 14. Oktober 1933 den Reichstag und die Länderparlamente aufgelöst.

Neuwahlen zum Reichstag sind für den 12. November ausgeschrieben worden, während die Reichsstatthalter angewiesen worden sind, von Neuwahlen zu den Länderparlamenten einstweilen abzusehen.

### Pathetischer Aufruf Hitlers

Die Austrittserklärung, die nach den Völkerbundstatuten allerdings erst nach zwei Jahren wirksam wird, ist anscheinend bereits gestern vom Kabinett beschlossen und agitatorisch gut vorbereitet worden. Um 1 Uhr mittags gab sie Hitler in einer Pressekonferenz bekannt.

Propagandaminister Dr. Goebbels verlas einen langen Aufruf Hitlers „an das deutsche Volk“, in dem nach einem Rückblick auf die Vergangenheit, in der sich „ehemals deutsche Regierungen im Vertrauen auf die Zubilligung einer würdigen Gleichberechtigung bereit erklärten, in den Völkerbund einzutreten und an der Abrüstungskonferenz teilzunehmen“, die „bittere Enttäuschung“ und „schwerste Demütigung“ Deutschlands konstatiert wird.

Nunmehr sei durch die offiziellen Vertreter der deutschen Staaten in öffentlichen Reden und direkten Erklärungen an den Reichsaußenminister und die deutschen Delegierten mitgeteilt worden, daß dem derzeitigen Deutschland diese Gleichberechtigung zur Zeit nicht mehr zubilligt werden könnte. Da die deutsche Reichsregierung die diesem Vorgehen eine ebenso ungerade wie entwürdigende Diskriminierung des deutschen Volkes erblicke, siehe sie sich außerstande, unter solchen Umständen als rechtllose und zweifelhafte Nation noch weiterhin an den Verhandlungen teilzunehmen, die damit nur zu neuen Diktaten führen könnten.

Indem die deutsche Reichsregierung daher erneut ihren „unerlöschlichen Friedenswillen“ bekunde, erkläre sie angesichts dieser demütigenden und entehrenden Zumutungen zu ihrem liebsten Bedauern, die Abrüstungskonferenz verlassen zu müssen. Sie werde deshalb auch den Austritt aus dem Völkerbund anmelden.

Dieselbe Reichsregierung, die seit ihrem Amtsantritt jede leiseste Annäherung einer mit der offiziellen Richtung nicht voll zu 100 Prozent übereinstimmenden Volksmeinung mit den brutalsten Mitteln unterdrückt und niederhält, legt jetzt plötzlich „diese ihre Entscheidung, verbunden mit einem neuen Bekenntnis für eine Politik aufrichtigsten Friedenswillens und Verständigungsbereitschaft, dem deutschen Volk zur Stellungnahme vor.“

Hitler ist „überzeugt“, daß die ganze Nation „geschlossen wie ein Mann“ hinter diese Politik treten wird.

In einer amtlichen Wolff-Meldung wird in hochtrabender Sprache die Friedens- und Verständigungsbereitschaft Hitlerdeutschland bis zum Überdruß betont, die Gewalt als „untaugliches Mittel“ zur Behebung bestehender Differenzen innerhalb der europäischen Staatengemeinschaft abgelehnt und versichert, daß die Reichsregierung

bereit sei, „auch das letzte deutsche Maschinen-gewehr zu zerstören und den letzten Mann aus dem Heere zu entlassen, insofern sich die anderen Völker zu Gleichem entschließen.“

Konkret erklärt sich die Reichsregierung weiters zum Abschluß kontinentaler Nichtangriffspakte bereit; die Voraussetzung der Teilnahme an internationalen Abmachungen sei jedoch die Zubilligung der Gleichberechtigung Deutschlands, das nur jenes Recht an Sicherheit fordere, „das

der Nation die Ruhe und Freiheit der friedlichen Arbeit garantiere“.

Zur Volksabstimmung am 12. November soll dem deutschen Volk folgende Frage vorgelegt werden:

„Billigt das deutsche Volk die ihm hier verweigerte Politik seiner Reichsregierung und ist es bereit, diese als den Ausdruck seiner eigenen Auffassung und seines eigenen Willens zu erklären und sich feierlich zu ihr zu bekennen?“

### Volksbefragung — ein maßloser Schwindel

Was für eine würdelose Komödie mit der „freien“ Willensentscheidung des Volkes am 12. November ausgeführt werden soll, geht am besten aus einer offiziellen Cont.-Meldung über die Art der Wahl hervor:

Es werden nur zwei Stimmzettel hergestellt, von denen der eine den einen vorhandenen Wahlvorschlag der NSDAP enthält und der andere die Wörter „Ja“ oder „Nein“ für die Volksabstimmung.

### Völliger Bankrott der Hitlerschen Außenpolitik

Aus führenden sozialdemokratischen Emigrantenkreisen erhalten wir zu dem Ereignissen in Deutschland folgenden Kommentar:

Der Austritt Deutschlands aus dem Völkerbund und das Verlassen der Abrüstungskonferenz ist das offene Eingeständnis des völligen Bankrotts der Außenpolitik Deutschlands seit der Machtergreifung Hitlers. Deutschland ist vollkommen isoliert, aber nicht durch Schuld der Emigration, sondern durch die Taten der Regierung. Sein berechtigter Anspruch auf Gleichberechtigung ist durch seine geistige und materielle Aufrüstung zerstört, die Erfolge früherer Verständigungspolitik sind vernichtet.

Auflösung des Reichstages, Neuwahl und Volksabstimmung sind Komödien gegenüber dem Ausland und Betrug am deutschen Volk. Die Mehrheit des deutschen Volkes will nach wie vor den Frieden, die Regierung will die Aufrüstung. Unter dem Druck des Wahlterrors soll dem Volk die Zustimmung zur Aufrüstung abgepreßt werden. Im Hitler-Deutschland gibt es keine freie Wahl, es gibt keine Meinungsfreiheit, keine Freiheit der Abstimmung. Die erzwungene Abstimmung wird deshalb nie als die wahre Stimmung des Volkes zum Ausdruck bringen!

Beide Stimmzettel kommen in einen Wahlumschlag.

Der „Wahlkampf“ wird sich auf eine Fülle von Ausflüchtungsversammlungen der NSDAP beschränken, denn andere Listen dürften kaum eingereicht werden, da sie 60.000 Unterschriften tragen müßten und in Deutschland sich heute keine 60.000 Menschen mehr finden, die bereit sind, eine Splitterpartei (!) mit ihrem Namen zu unterstützen.

### Der Telegrammwechsel

Berlin, 14. Oktober. Reichsminister des Auswärtigen Freiherr von Neurath hat namens der Reichsregierung an den Präsidenten der Abrüstungskonferenz Henderson folgendes Telegramm geschickt:

„Verr Präsident! Namens der deutschen Reichsregierung habe ich die Ehre, Ihnen folgendes mitzuteilen:

Nach dem Verlauf, den die letzten Beratungen der beteiligten Mächte über die Abrüstungsfrage genommen haben, steht nunmehr endgültig fest, daß die Abrüstungskonferenz ihre einzige Aufgabe, die allgemeine Abrüstung durchzuführen, nicht erfüllen wird. Zugleich steht fest, daß dieses Scheitern der Abrüstungskonferenz allein auf den mangelnden Willen der hochgerüsteten Staaten zurückzuführen ist, ihre vertragliche Verpflichtung zur Abrüstung jetzt einzulösen. Damit ist auch die Verantwortung des anerkannten Anspruches Deutschlands auf Gleichberechtigung unmöglich gemacht worden und die Voraussetzung fortgefallen, unter der sich die deutsche Regierung anfangs dieses Jahres zur Wiederbeteiligung an den Arbeiten der Konferenz bereit gefunden hatte.

Die deutsche Regierung sieht sich daher gezwungen, die Abrüstungskonferenz zu verlassen.

Die Erwiderung Hendersons hat folgenden Wortlaut:

„Ich beehre mich, den Empfang Ihres Telegramms vom 14. Oktober, das ich dem Hauptaus-schuss der Konferenz für die Einschränkung und Herabsetzung der Rüstungen vorlegen werde, zu bestätigen.“

Die Nachricht, daß Deutschland die Abrüstungskonferenz verlassen hat, aus dem Völkerbund ausgetreten wird, der Reichstag aufgelöst wurde, Neuwahlen auf den 12. November ausgeschrieben worden sind, zeigt, daß die Entwicklung der Weltpolitik, wie sie durch den Machtantritt des Faschismus in Deutschland ausgelöst wurde, rascher in Fluß kommt, und daß sich die verderblichen Folgen der Herrschaft des Faschismus in Mitteleuropa schneller offenbaren, als es viele gedacht haben.

Der unmittelbare Anlaß des Austrittes Deutschlands ist die Furcht vor einer verschärften Rüstungskontrolle. Frankreich, England und die Vereinigten Staaten haben sich auf eine gewisse allmähliche Abrüstung geeinigt, die mit einer scharfen Kontrolle der Rüstungen in Deutschland verbunden ist. Die Furcht Deutschlands vor einer solchen Kontrolle zeigt eindeutig, daß Deutschland wirklich rüstet. Wir haben das immer behauptet, wir haben dafür Beweise ins Treffen geführt, und nun zeigt es sich, daß unsere Auffassung, der Faschismus bedeuere gesteigerte Rüstungen, den Tatsachen entspricht.

Das Vorgehen der deutschen Reichsregierung hat aber noch einen zweiten Grund. Hitler flüchtet vor den innerpolitischen Schwierigkeiten in außenpolitische Verwicklungen. Die Gegenjäre innerhalb der nationalsozialistischen Partei werden immer größer, die Massen der nationalsozialistischen „Revolution“ geprellt, die einzelnen Führer beginnen miteinander zu rauen, Goering ist ebenso machthungrig wie Hitler unentschlossen, die wirtschaftlichen und sozialen Schwierigkeiten werden angesichts des hereinbrechenden Winters und der leeren Staatskassen, der schweren Wirtschaftskrise, der steigenden ausländischen Verschuldung immer größer, und da sieht nun Hitler die einzige Möglichkeit in der Entfesselung des „Furor teutonius“, der Entfaltung nationalstischer Leidenschaften, die Aufpeitschung der nationalen Wogen, welche alle innerpolitischen und sozialen Hindernisse hinwegschwemmen sollen.

Am meisten von den geplanten Maßnahmen überrascht vielleicht die Ausschreibung von Neuwahlen in den Deutschen Reichstag. Damit will Hitler der Welt den Beweis liefern, daß ganz Deutschland hinter ihm steht. Aber die Welt wird ihm auf diesen plumpen Schwindel nicht hineinfallen. In einem Lande, in dem der Terror herrscht, in dem jede freie Meinung unterdrückt ist, in dem jeder Oppositionelle geprügelt, gefoltert, eingesperrt und niedergeschlagen wird, in einem Lande, in welchem es keine freie Presse gibt, in dem tausende von Büchern verbrannt wurden, in einem solchen Lande kann es keine freien Wahlen geben. Die braunen Horden werden die Bevölkerung Deutschlands genau so zur Wahl kommandieren, wie sie sie dazu gezwungen haben, den nationalsozialistischen 1. Mai zu feiern. Gibt doch der amtliche Nachrichtendienst selbst zu, daß es nur eine Wahlliste, nämlich die der nationalsozialistischen Partei, geben wird! Sollte Hitler der Welt den Beweis erbringen, daß das deutsche Volk mit ihm geht, müßte er werst die Parteien wieder in ihre früheren Rechte einziehen, ihnen ihr Eigentum zurückgeben und ihnen die Möglichkeit schaffen, den Wahlkampf organisatorisch vorzubereiten, kurz, er müßte alles, was er seit dem 30. Jänner ge'an hat, wieder beiseite lassen. Das kann und wird er nicht tun, und deswegen werden die Wahlen eine

e lende Komödie sein, für die die Welt nur Verachtung übrig haben wird. Wenn sich das deutsche Volk von Hitler in einen Raubzustand hat versetzen lassen, die zivilisierte Welt außerhalb Deutschlands hat ihren Verstand noch nicht verloren.

Dass Deutschland aus dem Völkerbund ausscheidet, beleuchtet blickartig die gefährliche Situation in der Welt. Deutschland tritt aus der Gemeinschaft der Nationen aus, deren Bemühungen der Erhaltung des Friedens gedient haben. Deutschland zeigt damit der ganzen Welt, daß der Bruch, der es mit der Friedenspolitik Stresemanns und Hermann Müllers vollzieht, radikal ist. Den Völkerbundmächten wird von Deutschland der Beweis geliefert, daß ein Hitler-Deutschland alles imstande ist, daß es entschlossen ist, das Friedenswerk von Jahrzehnten zu zerstören und Europa einem neuen Krieg entgegenzuführen.

Hitler glaubt, daß der Zeitpunkt, um Frankreich Schwierigkeiten zu bereiten, gut gewählt ist. Im fernen Osten ballen sich die Kriegswolken immer mehr zusammen, die Gefahr der Kriegserklärung Japans an Rußland wegen der mandschurischen Eisenbahn ist in bedrohliche Nähe gerückt. Dadurch, so hofft man in Deutschland, wird Amerika von der europäischen Politik ferngehalten werden, weil die Vereinigten Staaten das Übergewicht

Japans an den Gestaden des Stillen Ozeans nicht dulden können. Auch England wird, so glauben die deutschen Außenpolitiker, von seiner Sorge um Indien ganz erfüllt sein, wenn das Krachen der Kanonen in Ostasien beginnen wird. Von Italien weiß Deutschland, daß es sich hüten wird, aktiv in einen Konflikt Deutschlands mit Frankreich einzugreifen, und so hofft man also in Deutschland, daß Frankreichs Bundesgenossen beschäftigt sein werden.

Es ist ein gefährliches Spiel, das der deutsche Faschismus begonnen hat; Hitler hat erst versucht, seine Außenpolitik zu tarnen und die Nationalsozialisten als friedliebende Europäer hinzustellen, aber die Maske hat nicht lange vor dem Gesicht des deutschen Faschismus festgehalten. Der ganzen Welt wird immer mehr offenbar, daß der Faschismus der Krieg ist. Der deutsche Faschismus, diese unheilvolle aller Bewegungen der letzten Jahrzehnte, hat nicht nur aus einem der größten Kulturreiche ein Land der Barbarei, der Arter, der Denker und der Kulturhande gemacht, er bedroht auch die ganze Welt mit den Schrecknissen eines neuen Krieges, der alles übertreffen wird, was die Welt von 1914 bis 1918 erlebt hat. Ein neuer europäischer Krieg bedeutet den Untergang der abendländischen Zivilisation — herbeigeführt durch den blutigeren Faschismus!

ein, daß es sich um eine höchst ernste Tat handelt, und daß es notwendig ist, ihr gegenüber einen gleichermassen ernsten Standpunkt einzunehmen.

„Le Temps“ fragt: Was hofft Deutschland mit dieser Politik zu erreichen? Wir verstehen es nicht. Vor der ganzen Welt nimmt Deutschland für seine brutale Entschickung sowie die volle Verantwortung dafür auf sich, daß was während 14 Jahren für die Erhaltung des Weltfriedens getan wurde, jetzt vernichtet werden soll. Was gewinnt Deutschland? Nichts. Da ein allgemeines Abkommen über die Abrüstung nicht verwirklicht wurde, bleiben die Bestimmungen des Versailler Friedensvertrages in voller Gültigkeit. Sämtliche Staaten, die ihn unterzeichnet haben, werden es nicht zulassen, daß der Versailler Friede mit Gewalt verletzt werde.

**London:**

**Keine vollkommene Ueberraschung**

London, 14. Oktober. (Neuer.) Nach den ersten Eindrücken in maßgebenden britischen Kreisen war der Entschluß Deutschlands keine vollkommene Ueberraschung für die offiziellen Londoner Beobachter. Nach den letzten Situationsberichten aus Genf ließ sich fast schließen, daß es zu einem ähnlichen Schritte kommen könne. An amtlichen Stellen enthält man sich aber vorläufig jedweden Kommentars.

**In Rom:**

**Konsternierung**

Rom, 14. Oktober. Der Austritt Deutschlands aus dem Völkerbund und das Verlassen der Abrüstungskonferenz hat in Rom Konsternierung und ein Gefühl der Enttäuschung hervorgerufen, denn die amtlichen Stellen erkennen nunmehr, daß alle Bemühungen Mussolinis nach einer Vermittlung und Veröhnung vergeblich waren.

**Washington:**

**Wie eine Bombe**

Washington, 14. Oktober. Die Meldung betreffs des Entschlusses Deutschlands, aus dem Völkerbunde auszutreten und die Abrüstungskonferenz zu verlassen, hat auf hiesige amtliche Kreise wie eine Bombe gewirkt. Es wurde unverzüglich eine Konferenz der führenden Beamten des Staatsdepartementes einberufen. Staatssekretär Cordell Hull berief die Unterstaatssekretäre zu sich, die als Sachverständige hinsichtlich der Rüstungsbeschränkungen gelten. Sobald die Situation durchdrungen sein wird, wird Staatssekretär Hull dem Präsidenten Roosevelt einen umfangreichen Bericht erstatten. Im Weißen Haus wurde die Nachricht ohne Kommentar aufgenommen.

**Ernster Eindruck in Genf**

Genf, 14. Oktober. (Sch. P.-B.) In hiesigen diplomatischen Kreisen hat der Beschluß Deutschlands teilweise Verwunderung, teilweise Erregung hervorgerufen.

Der Schritt der deutschen Regierung ist zweifellos eines der wichtigsten Ereignisse, das sich in der internationalen Politik der letzten Jahre ereignet hat. Man glaubt, daß dieser Schritt auf die Entwicklung der Ereignisse in Europa und der ganzen Welt bedeutenden Einfluß haben wird und daß er auch ein ungewöhnlich wichtiges Anzeichen der weiteren Entwicklung der Ereignisse in Deutschland selbst ist.

Der Beschluß Deutschlands kann in der internationalen Welt auf keinen Fall als Geste berechtigter Erbitterung angesehen werden, da der letzte Plan, der für die Abrüstungskonferenz vorbereitet war, nach dem einstimmigen Urteil objektiver Staatsmänner und europäischer Pazifisten weitreichende Konzessionen an Deutschland enthielt. Es nimmt daher nicht wunder, daß man in verantwortlichen Kreisen der in Genf versammelten Diplomaten zu glauben beginnt,

daß die deutsche Politik ausschließlich vom Gefühl und Leidenschaft diktiert ist. Es ist hier ein Beweis gegeben, wie die führenden Faktoren Deutschlands sich nicht vergegenwärtigen, wie die übrige Welt auf das Deutsche Reich blickt,

und zu Entschlüssen greifen, die an einige der radikalsten Beschlüsse der verantwortlichen deutschen Führer während des Weltkrieges erinnern.

Niemand in Genf zweifelt daran, daß die Reaktion auf den Schritt Deutschlands in Frankreich, England und den Vereinigten Staaten sehr scharf sein wird. Zugleich wird aber auch die Notwendigkeit betont, daß eben

unter dieser Situation alle übrigen Staaten Ruhe bewahren und die Entwicklung in Deutschland abwarten.

Man nimmt an, daß die übrigen Staaten die Notwendigkeit noch engerer Solidarität einsehen werden, da die Gefahr besteht, daß ein übereilter Schritt Deutschlands leicht internationale Verwirrung in den politischen Ansichten hervorrufen könnte.

Die Reaktion auf den deutschen Schritt war in Genf sehr lebhaft. Es gab zwar Politiker, welche rechtzeitig behaupteten, daß Deutschland auf die Vorschläge Simons nicht eingehen werde, aber kaum jemand hat erwartet, daß die Ablehnung solcher Art erfolgen wird.

**Ein hartes Urteil...**

Der ungewöhnlichen Ueberraschung, die der deutsche Beschluß in Kreisen der Abrüstungskonferenz hervorrief, gab einer der Hauptdelegierten mit folgenden Worten Ausdruck:

„Ich würde nie geglaubt haben, daß sie so dum und feig, trotzdem sie bereits längere Zeit die einseitige Hoffnung hegten, daß es ihnen gelingen werde, die Großmächte zu entzweien.“

**Paris:**

**Eine höchst ernste Tat**

Paris, 14. Oktober. Die Meldung betreffs den Austritt Deutschlands aus dem Völkerbund und das Verlassen der Abrüstungskonferenz, die von den heutigen Nachmittagblätter und durch den Rundfunk bekanntgegeben wurde, hat allgemeine Ueberraschung hervorgerufen, da sie in ganz Frankreich nicht erwartet wurde. Die gesamte Presse und die öffentliche Meinung stimmen in der Ansicht über-

ein, daß es sich um eine höchst ernste Tat handelt, und daß es notwendig ist, ihr gegenüber einen gleichermassen ernsten Standpunkt einzunehmen.

„Le Temps“ fragt: Was hofft Deutschland mit dieser Politik zu erreichen? Wir verstehen es nicht. Vor der ganzen Welt nimmt Deutschland für seine brutale Entschickung sowie die volle Verantwortung dafür auf sich, daß was während 14 Jahren für die Erhaltung des Weltfriedens getan wurde, jetzt vernichtet werden soll. Was gewinnt Deutschland? Nichts. Da ein allgemeines Abkommen über die Abrüstung nicht verwirklicht wurde, bleiben die Bestimmungen des Versailler Friedensvertrages in voller Gültigkeit. Sämtliche Staaten, die ihn unterzeichnet haben, werden es nicht zulassen, daß der Versailler Friede mit Gewalt verletzt werde.

London, 14. Oktober. (Neuer.) Nach den ersten Eindrücken in maßgebenden britischen Kreisen war der Entschluß Deutschlands keine vollkommene Ueberraschung für die offiziellen Londoner Beobachter. Nach den letzten Situationsberichten aus Genf ließ sich fast schließen, daß es zu einem ähnlichen Schritte kommen könne. An amtlichen Stellen enthält man sich aber vorläufig jedweden Kommentars.

**Hitler mißbraucht den Rundfunk**

Um 7 Uhr abends hielt Hitler eine Rundfunkrede, die über alle deutschen Sender verbreitet, und in der Nacht auch in einer Reihe von Fremdsprachen — aber nicht französisch — wiederholt wurde.

Die Rundfunkrede Hitlers verfolgte drei Ziele:

1. versucht Hitler die Weltöffentlichkeit dadurch zu gewinnen, daß er wieder das Schreckbild des Kommunismus ausmalte und das nationalsozialistische Regime in Deutschland als Schutzwehr Europas bezeichnete,

2. wiederholt er seine Friedensbeteuerungen und bemüht sich glaubhaft zu machen, daß die bekannt gewordenen Rüstungen nur zur Niederhaltung der Opposition bestimmt seien; den Widerspruch seiner jetzigen Friedensliebe zu seiner früheren und auch jetzt noch betriebenen Propaganda will er dadurch verschleiern, daß er den früheren Regierungen die Berechtigung zur Vertretung Deutschlands abspricht, da sie von den Gegnern Deutschlands gedungen worden seien,

3. bestreitet er die Absicht Deutschlands, aufzurüsten.

Im wesentlichen sagt Hitler, das deutsche Volk, welches seine Waffen zerstört habe, sei überzeugt von seiner Schuldlosigkeit am Kriege. Unter den Auswirkungen der Friedensverträge habe Deutschland am meisten zu leiden und heute stünden rund 20 von 65 Millionen Menschen vor einer anstößigen Zukunft. Deutschland sei am Rand einer kommunistischen Katastrophe gestanden. Die nationalsozialistische Revolution habe nur das Ziel verfolgt, die Ordnung wiederherzustellen, Arbeit zu geben und die Ehre, Treue und Aufrichtigkeit zu proklamieren. Die Welt aber, der Deutschland nichts zuleide tun wolle, verfolge es mit Lügen und Verleumdungen. Während sich in Deutschland eine Revolution vollziehe, die

nicht wie die französische und russische Gelotomben an Menschen abgeschlachtet hätte, sondern im Gegenteil nicht ein einziges Schaufenster zertrümmert, kein Geschäft geplündert und kein Haus beschädigt hätte, verbreiteten gewissenlose Leger eine Flut von Grausnachrichten.

Hitler macht dann einige Verbeugungen vor dem französischen Ministerpräsidenten Daladier und behauptet, die deutsche Jugend marschiere nicht in Reich und Glied, um gegen Frankreich zu demonstrieren. Das deutsche Volk und die Regierung forderten keine Waffen, sondern Gleichberechtigung. In den Völkerbund und auf die Abrüstungskonferenz seien die deutschen Regierungen im Vertrauen in der Hoffnung gegangen, dort ein Forum für den Ausgleich der Völkerinteressen zu finden. Nach einer Flut von Beschimpfungen gegen die früheren deutschen Regierungen erklärt Hitler, daß es Deutschland, da es die „wirkliche“ Gleichberechtigung nicht bekommen solle, nicht möglich sei, sich weiterhin anderen Völkern „aufzudrängen“. Zum Schluß kündigt er die Auflösung des Reichstags und den Volkentscheid an.

So sehr sich die Rede bemüht, im Ausland einen günstigen Eindruck hervorzurufen, so wenig kann sie darüber hinwegtäuschen, daß Hitler sich dessen bewußt ist, daß die in den Reihen seiner Anhänger erzeugte Hoffimung im direkten Gegensatz zu den offiziellen Friedensworten steht. Und da Hitler versucht, auch dieser Stimmung Rechnung zu tragen, um in Deutschland selbst nicht Widerstand und Verwirrung auszulösen, kehren in der Rede Wendungen immer wieder, die den wahren Geist des Falkenkreuzfaschismus verraten. Es ist ungewiss, ob die Welt diese Aeußerungen des Hasses nicht überhören und sich ihr Urteil nicht nach klaren Worten, sondern nach dem Arieasgeist des Dritten Reiches bilden wird.

**Lilith und der Komet**  
Ein abenteuerliches, modernes Märchen von Kurt Doberer

Tornjón war der Pentersknecht des Kleinen Nats. Er war Streifbretcherführer in der Nordstadt gewesen, Schlächter in der Revolte der Seldampfer, Bravo beim Mord am großen Führer Tom Haak. Das war Tornjón.

Der eiserne Tornjón! Der Spezialist für Massenmord. Er hatte weiß gespielt. Nun spielte er rot. Denn er sah außen — außerhalb dieser verschuldeten Betonkammern.

Und alle wußten: Tornjón würde sprengen! Hier standen zehntausend — nein, Millionen — Alle!

Drüben hinter Mauern aus Beton, in dem sie den Weltvorrat an Diamanten vermauert hatten, da lagen sechshundert, Sechshundert, die den grünen Tod, den Jüngsten Tag, überleben wollten. Sechshundert wollten leben, als Krömmung all des Hohnes dieser letzten zwanzig Jahre.

Verflucht und wein! Sterben sollten sie, sie mußten es! Tornjón würde sprengen — er würde diese Kamernatten zu Katafalken machen und wenn sie aus reinem Diamant wären.

Am Nachmittag dieses Tages ließ Tornjón drei Kleinfant, bis oben vollgestopft mit Granat- und Elektronbomben, gegen die Kamernatten kriechen. Der Sprengschmeißer Tornjón hatte große Wellblechdecken über die Ungetüme breiten lassen und die schleppten sie nun mit sich vor. So würde der ganze Dreck sein in die Kamernatten fliegen.

„Sprengung mit Tiefenwirkung“, hatte Tornjón gesagt und dabei hatte er höhnisch zu dem prozig dicken Beton hinübergelächelt,

Mit Spannung beobachteten alle diese vorwärtsstreichenden Ungeheuer. Es war eine Stille vor dem Sturm.

Schon hob sich der erste der Tanks die schräge glatte Wand drüben empor. Die beiden anderen hoben sich gleichzeitig. Auch ihre Rumpen begannen zu kletter. In diesem Augenblick drückte Tornjón die elektrischen Kontakte nieder.

Eine einzige, gewaltige Detonation erschütterte die Luftschichten. Ballen, Steinbrocken, Eisenstienen, Maschinenteile und Gliedmaßen blühen in die vor wilder Freude aufblühende Menge. Alle packte ein Weitschmerz wild rasender Wut.

„Nun räuchert sie, die Wanzen!“ schrie der einst so kalte Tornjón mit überknappende Stimme.

Eben verzog sich die Wolke aus Staub, Rauch und Asche, vom Winde abgetrieben. Am Hügel drüben gähnte ein dunkles Loch. Da hinein warf man jetzt die Gasminen. Wum — wum — wum — eine nach der andern.

Wumm! — immer dumpfe Detonationen in regelmäßigen Zeitabstand. Aus der dunklen Öffnung an Hügel stieß ein dicker grünelber Qualm.

Da zeigten sich auch schon die ersten Fluchtlinge in den stahlgrauen Anzügen. Den Gaschuhapparat hatten sie über den Kopf gestülpt.

Niemand ließ sich nunmehr durch irgend etwas zurückhalten. Auf diese Trupps, die dort wie Rüche aus dem Bau geräuchert wurden, stürzte sich die Meute.

Man würgte mit Händen, riß zu Boden, zerfleischte mit Stahl. Man achtete nicht mehr auf Gift und Gaschwaden. Auf den Erstochenen lagen die mit dem blaugrün aufgedunnenen Gesicht der Giftgasersticken. Es war ein Bluttau auf der Bestie.

Durch das gleichmäßige Motorengeräusch des Aeroplans klangen die Detonationen des brei-

einsetzenden Artillerie-Angriffs. Man konnte deutlich die hellklingenden Einschläge der Sprenggranaten von den dumpfen Detonationen der Gasminen unterscheiden. Did hatte die Maschine ziemlich hoch. Man konnte nicht wissen, ob wieder eine Explosion, wie die der Tanks, verurteilt würde, mit einer Druckwelle die Tragflächen heranzureißen. Hier oben war man auch aus dem unangenehmsten Gesumme. Wenn sich auch besonders hochstrebende Brummer bis in diese Luftschicht hoben.

Hinter dem Hügel der Betonstadt wollte Did landen. Es gab hier jedoch nur Gehäß, grabenbruchzogene Wiesen und das weiße Band einer Straße.

Did warf einen Blick vom einen Ende der Tragflächen zum anderen. Die Spannweite war ja ziemlich gering — die Straße war so schön betont und sie war immerhin die einzige Möglichkeit.

Nun überlegte Did nicht mehr lange. Er warf die Maschine steil vornüber nach abwärts, daß sie wie ein Pfeil hinunterstürzte. Dicht über dem Boden fing er sie in strengster Kurve ab. Sie machte einen kleinen Satz aufwärts.

Did gab noch einmal kurz Gas. Er kam flach an, ließ die Maschine halb ausrollen und zog dann die Bremsen scharf an.

Kaum daß Did aus dem Flugzeug geklettert war — es stand noch nicht eine Minute —, da tauchten schon einige Brummer heran und explodierten dicht in der Nähe mit unangenehmem Helkrach. Vorne auf der Straße zeigten sich Menschen. Einer lachte mit den Armen, dann kamen noch mehr.

„Harley!“ schrie Did zum Führerflügel hinauf, „hier ist dicke Luft. — Flieg schleunigst los, onst zerfliegen sie uns die Maschine oder, was jetzt ebenso schlimm wäre, den schönen Flugplatz hier.“

„Stumm!“ flüchte ein Dieb in das Feld neben

der Straße. Dann gab es einen mächtigen Krach und eine Menge Dreck.

Aufheulend sprang die Flugmaschine an, raste die Straße entlang und sprang dicht über den Köpfen der wütenden Menge in die Luft.

Did hatte sich unterdessen hinter einem Haufen Gerümpel sehr dünn gemacht.

Aber nun kam ihm der Verfolger selbst zu Hilfe. Die Artilleriemänner hatten zum Abschick für die Flugmaschine noch einige Sternkruzgranaten herübergeschmissen. Gelbgrüner Qualm hob sich am Boden entlang.

Die Angreifer liefen zurück. Der Aeroplan war entkommen. Did lag versteckt hinter den farbigen Giftnebeln.

Schon nach einer Minute konnte Did nicht mehr ruhig liegen. Nun mußte er rasch handeln. Eine wirre Angst um Lilith hatte ihn an der Kehle.

Did erhob sich etwas schwervällig. Der Gas- und Brisanzschuß war hinderlich genug. Er flog mühsam über verbogenes Schienenmaterial, über zerfetzte und verquollene Leichen.

Als Did oben am Scheitel des Erdhügels stand, konnte er das Schlachtfeld ganz überblicken. Es war ein Schlachtfeld im einfachsten Sinn des Wortes. Bestien feierten auf ihm ein Schlachtfest.

Aus weißem, schwarzem und farbigem Nebel schlugen Feuerlöcher. Da und dort sprang ein Bündel aus Steinen, Ballen und Menschen in die Luft und fiel dann unwahrscheinlich langsam wieder zu Boden. Aus einem weiten Halbkreis spien runde Stahlmüser in vielen Arten Tod.

Hinter allem lag in Dunst gehüllt das Quaderwerk der Metropole. Fern blühte grau, wie ein Kleingrabmal, der große Turm mit den zweihundert Stockwerken herüber.

Da unten war dieses dunkle Loch, das man in den Bauch der Betonkammern gesprengt hatte. Immer noch frohen Trupps verummert Gestalten heraus.

(Fortsetzung folgt)

# Parteitag in Sturmzeit

## Kampfvorbereitung in Oesterreich / Bedeutende Reden von Smith, Leon Blum, Stivin, Vandervelde / Referat Otto Bauers

Wien, 14. Oktober. (Eigenbericht.) Im großen Saal des Favoritener Arbeiterheimes trat heute der außerordentliche Parteitag der österreichischen Sozialdemokratie zusammen. Doch bis zum letzten Augenblick war der Parteitag in Frage gestellt, da die Heimwehrminister in der Regierung darauf bestanden haben, daß er verboten werde. Die entschlossene Haltung der Partei, die erklärte, daß eine Gefährdung des Parteitagess einen Kriegszustand bedeute, konnte schließlich diesen Anschlag abwenden, so daß der Parteitag gesichert war.

Außerordentlich groß war die Zahl der ausländischen Gäste, unter ihnen der Sekretär der Sozialistischen Internationale, Friedrich Adler, der Präsident der Internationale, Emil Vandervelde, Leon Blum-Paris, Compton und Smith aus England, Albarca aus Holland, Grim-Schweiz, Soukup, Stivin und Pavrousek aus Prag, De Witte aus Karlsbad und viele andere.

Nach der Eröffnung des Parteitages durch Bürgermeister Seitz sprach Genosse

### Smith-London

Er erklärte, die englische Partei habe sich bereits auf ihrem Parteitag in Hastings mit der österreichischen Frage beschäftigt. Die englischen Arbeiter wissen, daß ein faschistischer Angriff in Oesterreich nur zum Vorwand genommen wird für andere Bewegungen, die darauf ausgehen, die Arbeiterklasse niederzuwerfen. Deshalb haben die englischen Arbeiter beschlossen, an ihre Regierung heranzutreten, damit sie ihren Einfluß ausbreite, um die unersetzliche Entwicklung in Oesterreich aufzuhalten.

### Leon Blum-Paris

erklärte: Wenn wir in unseren Zeitungen für die Freiheit Oesterreichs eintreten, klagt man auch des „Einverständnisses mit dem Auslande“ an.

Aber es gab eine Zeit, in der die österreichische Regierung das Einverständnis des Auslandes dringend gebraucht hat, um eine Anleihe zu bekommen.

Wir haben damals die Bürgschaft für diese Anleihe gegeben, um der österreichischen Regierung die Möglichkeit zu geben, die republikanischen Einrichtungen in Oesterreich zu verteidigen. Aber nun, da es anders wurde, und da wir wissen, daß die Zustimmung zu der österreichischen Anleihe, die wir gegeben haben, in ihrem Sinne verfälscht wurde,

würden wir unserer Regierung unbedingt die Opposition ankündigen, wenn sie noch immer das faschistische Regime in Oesterreich unterstützen wollte.

Wir verstehen, wenn wir die Lehre aus der deutschen Katastrophe ziehen, welche Gefahr in Oesterreich droht, daß sich auf diesem Boden der italienische und deutsche Faschismus verständigt auf Kosten des internationalen Proletariats. Und diese Gefahr eines Einvernehmens zwischen den Faschisten würde unvermeidlich zu einer furchtbaren Verschärfung der Kriegsgefahr in Europa führen. Man sagt in Oesterreich, daß man es sich nicht gefallen lassen wird, daß die ausländischen Regierungen in die österreichischen Verhältnisse sich einmischen. Das ist ein nobler Grundton, aber ich bin nicht ganz sicher, daß ihn die österreichische Regierung noch allen Zeiten restlos einhält!

### Stivin-Prag

erklärt, die tschechoslowakische sozialdemokratische Arbeiterpartei verfolge das Schicksal der österreichischen Arbeiter mit größter Aufmerksamkeit. Wir wissen sehr gut, daß

das Schicksal der österreichischen Arbeiter in den benachbarten Ländern mitbestimmend

sein kann. Wir stehen in unserem Lande in einer Koalitionsregierung und versuchen die Gefahr des Faschismus mit Hilfe aller demokratischen Kräfte zu überwinden. Wir haben nicht die Macht, die jetzigen wirtschaftlichen Probleme im sozialistischen Sinne zu lösen, aber so viel Kraft müssen wir aufstreiben, um die Kampfmittel der Arbeiterklasse für weitere Kämpfe zu retten.

Nur in einer demokratischen Freiheit können wir den Kampf für das Brot erfolgreich führen. (Lebhafter Beifall.)

Als sechster Redner sprach der Vorsitzende der Sozialistischen Arbeiter-Internationale

### Emile Vandervelde

der mit stürmischem Beifall begrüßt wurde. Er erklärte: In diesem Augenblick haben die Sozialisten aller Länder die Augen auf Oesterreich gerichtet, sie teilen eure Sorgen, sie haben Vertrauen in die österreichische Sozialdemokratie, daß sie diesen Kampf überleben werde. Oesterreich hat heute im Ausland eine gute bürgerliche Presse, weil man dort sagt, daß die Regierung Vollzug des Hitlerfaschismus von Oesterreich abhält. Aber die österreichische Regierung solle sich nicht darüber täuschen, daß ihre Volksliebe nicht im Ausland nur auf der Unpopulanzität des Hitlerfaschismus beruht. Das Ausland merkt auch langsam, daß dem Sieg des Volksschleiers

mus undweigerlich der Hitlerfaschismus in Oesterreich folgen muß.

In der Nachmittagsitzung erstattete

### Otto Bauer

das Referat über die politische Lage und die Taktik der Partei. Er wies darauf hin, daß der Parteivorstand und die Gewerkschaften bereits Beschlüsse gefaßt haben, die einige von den Fällen festlegen, die die österreichische Arbeiterklasse zum Kampf mit allen Mitteln auf den Plan rufen würde. Vor allem sind dies vier Fälle, und zwar: Der Versuch der Regierung, die Partei aufzulösen, eine Bedrohung der Gewerkschaften, eine Bedrohung des Wiener Rathauses und der Versuch, dem österreichischen Volke eine Verfassung aufzuzwingen. Man muß sich aber darüber klar werden, daß dies nicht die einzigen Fälle sind, sondern

daß sehr leicht noch andere Ereignisse eintreten können, die den Entscheidungskampf notwendig machen.

Es gibt zwar noch demokratische bäuerliche Kräfte in Oesterreich, die den Versuch machen, eine gemeinsame friedliche Lösung mit den Arbeitern zu finden und man muß diesen Versuch solange als nur irgendmöglich fortzuführen. Aber es scheint,

daß die Aussicht einer friedlichen Verständigung immer geringer wird und daß die österreichische Arbeiterklasse sich auf einen entsprechenden Kampf vorbereiten muß. Denn es darf und wird nicht geschehen, daß das österreichische Proletariat kampflös dem Faschismus erliegt.

Otto Bauer spricht dann über die Notwendigkeit, einen wichtigen Punkt im österreichischen Parteiprogramm abzuändern, und zwar jenen Punkt, der den Anschluß Deutschösterreich an das Deutsche Reich fordert. Dieser Punkt muß aus dem Parteiprogramm angesichts der Entwicklung der letzten Zeit gestrichen werden. Die Sozialdemokratie Oesterreichs will nicht an ein Hitlerzuchthaus angeschlossen sein. Die österreichischen Arbeiter wollen ein unabhängiges selbständiges Oesterreich und in einer Zeit, in der

große Teile des österreichischen Bürgertums zum Nationalfaschismus abgewandt sind, kann die Unabhängigkeit Oesterreichs nicht anders verteidigt werden, als durch die Unterstützung der Arbeiterklasse. Die österreichischen Arbeiter lehnen es keineswegs ab, den Staat für die Dauer unmittelbarer Gefahr mit den notwendigen Waffen gegen den Faschismus zu verteidigen. Aber Ausnahmsregeln gegen faschistische Gefahren dürfen die Freiheit und Gleichheit der Volksmassen nicht aufgehoben.

Und wer in Oesterreich das Selbstbestimmungsrecht des Volkes bedroht und die Arbeiterklasse ihrer Erzeugnisse berauben will, der drängt sie aus den Reihen der Verteidiger der Unabhängigkeit Oesterreichs heraus und beraubt dadurch den Abwehrkampf, den Oesterreich gegen den Nationalfaschismus führen muß, seiner entschlossensten Kämpfer.

Es ist die wichtigste Aufgabe der Sozialdemokratie, daß die Arbeiterklasse Oesterreichs nur auf dem Boden der Freiheit ihre politischen Kämpfe führen kann, nur auf dem Boden der Freiheit um ihr Brot kämpfen kann.

An das Referat Otto Bauers schloß sich die Debatte an, die voraussichtlich den ganzen Sonntag und noch einen Teil des Montags andauern wird.

### „Volkswille“ in Oesterreich verboten!

Wien, 14. Oktober. (Eigenbericht.) Der sozialdemokratische „Volkswille“ Karlsbad ist heute von der österreichischen Regierung in Oesterreich verboten worden.

### Programmatische Aufgaben des Parteitagess

Die „Arbeiter-Zeitung“ erklärt, der Parteitag werde nicht nur die Taktik gegenüber dem Faschismus besprechen müssen, sondern auch programmatische Fragen, insbesondere die im Parteiprogramm enthaltene Forderung nach dem Anschluß Oesterreichs an Deutschland zu streichen und das Bekenntnis für ein neutrales Oesterreich auszusprechen haben. Außerdem sollen Änderungen in der Zusammensetzung der führenden Parteigänge vorgenommen und zwischen den Parteimitgliedern und dem Parteitag ein schlaggedrängter Parteirat eingeschaltet werden, welchem Parteimitglieder, Gewerkschaftsvertreter und politische Mandatäre nicht angehören dürfen.

# Ausländische Juristen aus dem Saal gewiesen und verhaftet

Berlin, 14. Oktober. Zu Beginn der heutigen Verhandlung vor dem Reichsgericht entzog der Vorsitzende den ausländischen Rechtsanwälten Deutschew und Grigorow (Bulgarien), Callagher (Amerika) und Bissard (Frankreich) die Permanenzkarten für die Verhandlung, weil sie in einem Protokoll schreiben an den Verteidiger der Bulgaren Dr. Teichert erklärt haben, daß Dimitrow nach der Behandlung, die er von der Polizei und den Untersuchungsbehörden erfahren habe, bis zum Anfang des Prozesses nichts als Verachtung und Hohn der

Behörden gegenüber haben könne. Das beinhaltet, wie der Vorsitzende erklärt, auch schwere Verleumdungen des Untersuchungsrichters des Reichsgerichtes.

Die ausgeschlossenen Rechtsanwälte wurden in einer Verhandlungspause aus dem Saal entfernt und zur Vernehmung auf das Polizeipräsidium gebracht, wo sie aus Deutschland ausgewiesen wurden. Bis zur Durchführung der Ausweisung wurden sie in Haft genommen.

### Der Branddirektor als Zeuge

Unter den heute einernommenen Zeugen befindet sich der Brandmeister Aloß, dessen Woche um 9 Uhr 15 alarmiert wurde. Er schloß, wie er versuchte, in den Plenarsaal zu kommen. Als er die Tür aufmachte, schlugen ihm starke Hitze und etwas Qualm entgegen. Im Hintergrund sah er einen Feuerschein. Den größten Feuerschein habe er aber nicht am Präsidententisch gesehen, sondern dieser Schein sei links oben von der Galerie gekommen. Auf Vorhalte des Vorsitzenden erklärt der Zeuge mit Bestimmtheit, daß in dieser Hinsicht keine Täuschung möglich sei.

Der Vorsitzende stellt zusammenfassend fest, daß von einer Verzögerung der Löscharbeit keine Rede sein könne.

Durch Fragen sucht der Oberreichsanwalt die Aussage eines Zeugen vor der Londoner Untersuchungskommission zu widerlegen, daß um 11 Uhr nachts große Mengen von Zeitungsmaterial und brennbare Flüssigkeiten im Plenarsaal herumlagen und daß die Feuerwehr dieses Material in den Korridor schleppte. Der Zeuge Ceranovich hatte vorher hierzu erklärt, daß einige Kilogramm Drucksaften aus einem Pult im Umgang fortgeschafft wurden.

Verteidiger Dr. Sad erklärt dann, die Zeugenansage in London sei damit „absolut einwandfrei widerlegt“ und als „objektiv unrichtig“ festgestellt.

Brandmeister Bald sagt aus, er habe auf den Ruf eines Polizisten, er solle für den höchsten Alarm sorgen, die zehnte Alarmstufe durchgegeben. SA- oder SS-Abteilungen habe er im Reichstag nicht gesehen. Dr. Parisius legt ihm die Antwort in den Mund, daß die Behauptung über die Anwesenheit der SA eine „glatte Lüge“ sei.

Nach einer Verhandlungspause verkündet der Vorsitzende, daß auf Antrag des Verteidigers Dimitrow ab Montag wieder zu den Verhandlungen zugelassen werden soll.

Ein Oberbrandmeister Puske erklärt, SA- oder SS-Formationen seien nicht mehr im Reichstag gewesen.

### Oberbranddirektor Geupp

bestätigt als Zeuge, daß er weder SA bei seinem

Eintreffen gesehen noch Brandmaterial in großen Mengen beobachtet habe. Die Behauptung, er habe vom Ministerpräsidenten Goerring oder sonst einer vorgelegten Stelle Anweisung erhalten, nicht zu schnell vorzugehen, sei ein Unfug.

An Brandmaterial habe er unter einem Klappstuhl eine Fadel gesehen, ferner Spuren von flüssigem Brennstoffmaterial im Vorraum des Reichstrates. Es dürfe Benzin oder Benzol gewesen sein. Daß die Fadel von der Feuerwehr stammen könnte, verneint er kategorisch.

Auf Fragen des Oberreichsanwaltes bestätigt ihm der Zeuge prompt alles, was dieser wissen will: Daß ihn beim Brand niemand behindert habe, daß er sein Dementi vom 18. Juni über angebliche frühere Äußerungen unter keinem wie immer gearteten Druck veröffentlicht habe, daß er nie in das Gebäude oder gemahregelt worden sei und daß auch niemand von ihm Änderungen in dem Protokoll über den Brand verlangt habe.

Diese Redungen soll ein SPD-Mitglied namens Ahrend verbreitet haben, den der Verteidiger Dr. Teichert ansündig machen will.

Die weitere Verhandlung wird dann auf Montag vertagt.

### Boykottbeschuß der amerikanischen Gewerkschaften

Die in der American Federation of Labour zusammengeschlossenen amerikanischen Gewerkschaften haben den Boykott deutscher Waren beschlossen. Die Entschließung besagt, der Boykott werde so lange durchgeführt werden, bis die deutsche Regierung das Recht der deutschen Arbeiterklasse anerkennt, sich in unabhängigen Gewerkschaften eigener Wahl zu organisieren und bis Deutschland seine Unterdrückungspolitik und die Verfolgung der Juden einstellt.

### Protest Amerikas gegen Mißhandlungen seiner Staatsbürger

Washington, 14. Oktober. Der Votschaffter der Vereinigten Staaten in Berlin William Dodd konferierte gestern abends eine halbe Stunde mit dem deutschen Reichsaußenminister von Neurath, dem er den Protest des Staatssekretärs der Vereinigten Staaten Cordell Hull gegen die Belästigung und Verurteilung amerikanischer Staatsbürger in Deutschland vorlegte.

In Ihrem Protest verweist die Regierung der Vereinigten Staaten darauf, daß amerikanische Staatsbürger in Deutschland wiederholt überfallen und mißhandelt wurden. Nach seiner Unterredung erklärte der amerikanische Votschaffter, er werde in den nächsten Tagen in diesen Fällen neuerlich beim Reichsaußenminister vorstellig werden.

### Und der Erfolg:

Das energische Einschreiten Amerikas hat nach einer Conti-Meldung bereits zur Folge gehabt, daß die an der Mißhandlung des amerikanischen Staatsbürgers Boelz in Düsseldorf Schuldigen nun auf einmal ermittelt wurden. Da ihre Festnahme in Berlin erfolgte, sollen sie bereits am kommenden Montag durch das zuständige Sondergericht beim Landgericht Berlin abgeurteilt werden. — Der amerikanische Gesandte hat nämlich ausdrücklich eine Verständigung über die erfolgte Bestrafung verlangt und sich mit den üblichen Entschuldigungen nicht zufriedengegeben.

Außerdem wurden in Berlin vier SA-Leute, die sich an den Ausschreitungen gegen einen Schweizer und einen englischen Exterritorialen beteiligt hatten, festgenommen und ins Konzentrationslager Oranienburg gebracht.

### Handelsbilanz für September 1933 mit 59 Millionen Kc aktiv

#### Geringes Jahresaktivum von 12,3 Millionen Kc

Nach dem Bericht des Statistischen Staatsamtes betrug die Einfuhr der Edelmetalle im reinen Warenverkehr (Gesamteinfuhr abzüglich der Edelmetalle) im September 1933 490.307.000 Kc (in derselben Zeit des Vorjahres 487.867.000 Kc), die Ausfuhr 549.389.000 (576.372.000) Kc. Die Handelsbilanz ist also für September mit 59.082.000 Kc aktiv (gegenüber einem Aktivum von 88.505.000 Kc im September des Vorjahres). Edelmetalle für Münzgewerke wurden im September 1933 nur für 430.000 Kc eingeführt.

Für den reinen Warenverkehr in den ersten neun Monaten des Jahres 1933 ergibt sich folgendes Bild:

Einfuhr: 4.112.498.000 (im Vorjahr 5.475.011.000) Kc.

Ausfuhr: 4.125.289.000 (im Vorjahr 5.335.439.000) Kc.

Das bisherige Jahrespassivum von 45.302.000 Kc, das Ende August d. J. bestand, ist durch die günstigere Entwicklung im September in ein wenn auch geringes Aktivum von 12.791.000 Kc umgewandelt worden. Ende September 1932 war ein Jahrespassivum von 139.572.000 Kc vorhanden.

Rechnet man jedoch die Einfuhr von Edelmetallen für Münzgewerke hinzu, die heuer bisher 292.345.000 Kc beträgt, während die Ausfuhr nur 68.599.000 Kc ausmacht, so ergibt sich für die ersten neun Monate 1933 in der Gesamthandelsbilanz ein Passivum von 210.955.000 Kc, in derselben Zeit des Vorjahres betrug das Passivum der Gesamthandelsbilanz 743.547.000 Kc.

Der Ersparungsausschuß der parlamentarischen Ersparungs- und Kontrollkommission, der seit Anfang September Beratungen über einzelne Ersparungsanträge und Beschwerden aus dem Publikum abhielt, begann am Freitag jene Teile des Voranschlags durchzubereiten, die die Regierung am Donnerstag, den 12. Oktober, dem Ausschuß unterbreitet hatte. Die Sitzungen werden in der kommenden Woche fortgesetzt werden.

Kommunistische Agitation erzeugt Faschisten. Daß dort, wo die Kommunisten stark sind, stets der Boden für faschistische Organisationen geschaffen wird, können wir wieder an einem Beispiel darlegen. Dieser Tage fanden auf dem Benjolschacht bei Orlan im Ostrauer Revier die Wahlen in die Betriebsräte statt. Während die Kommunisten bisher fünf Mandate innehaben, — die letzten Wahlen fanden erst vor einem Jahre statt — haben sie diesmal nicht einmal die Unterstraffen für die Kandidatenliste aufgebracht. Dafür erhielten nun die Faschisten von 715 abgegebenen Stimmen (70 waren unglücklich) 319 Stimmen und vier Mandate, die tschechischen Nationalsozialisten 109 Stimmen und ein Mandat, die Sozialdemokraten 168 Stimmen und zwei Mandate. Gewonnen haben die Faschisten drei und die Sozialdemokraten ein Mandat, während die Kommunisten es nicht einmal auf ein Mandat gebracht haben.

Das Oktoberheft der

# „Tribüne“

Ist jeben erschienen und enthält folgende Beiträge:

- Emil Franzel: Antifaschistische Aktion ohne Programm?
- Willy Wanka: Für ein neues Zinshoch!
- Josif Hofbauer: Die Aufgaben der deutschen Emigration.
- Wenzel Jalkch: Das Arbeiterrecht am Autonomie-Gedanken.
- Max Rager: „Deutsche Arbeitsfront“.
- Franz Dinnelber: Der Volkswahlmann.
- Alfred Kleinberg: Ein letztes Wort an Genossen Dr. Franzel.
- Bemerkungen.
- Bücherschau.

Bestellungen sind zu richten an die Vertrauensleute, Parteisekretäre, Schriftenabteilungen und Volksbuchhandlungen oder direkt an die Verwaltung der „Tribüne“, Prag 11, Kefajanska 18.

## Berglers Beschwerde abgewiesen

Der Oberste Verwaltungsgerichtshof hat die Beschwerde des früheren Gesandten in Tokio und späteren Vize-Abgeordneten Dr. Bergler gegen seine im Jahre 1922 erfolgte Versetzung in den Ruhestand mit Erkenntnis vom 14. Oktober 1933 teils wegen Unzulässigkeit abgelehnt, teils wegen Grundlosigkeit verworfen.

In der Begründung wird ausgesprochen, daß zur Pensionierung nach § 80 der Dienstpragmatik wegen ständiger Unfähigkeit zur Ausübung des Amtes nicht nur körperliche oder intellektuelle Gebrechen in Frage kommen, sondern auch Mangel der notwendigen moralischen Eigenschaften und Mangel subjektiver Fähigkeiten und Eigenschaften des Beamten. Die Frage, ob bei Bergler Mangel an Fähigkeiten bestand, konnte vom Gericht nur in formaler Hinsicht geprüft werden; ein solcher formaler Mangel wird jedoch in der Beschwerde nicht festgestellt. Die Versetzung in den Ruhestand konnte auch ohne Disziplinarverfahren erfolgen; das notwendige Verfahren über die Einwürfe wurde durchgeführt.

Berglers Beschwerde befreit die Wichtigkeit der Vorwürfe des Außenministeriums wegen der Unordnung bei der Lokaler Gesandtschaft zum überwindlichen Teile nicht. Mit der Qualität des Personals, wie es Bergler tut, lassen sich diese Vorgänge nicht erklären, denn der Amtschef hat in einem solchen Falle nach Ansicht des Gerichtshofes genug Möglichkeiten, um bei Unregelmäßigkeiten Remedur zu schaffen. Das Gericht hat ferner als erwiesen angenommen, daß sich Bergler gegenüber dem vorgelegten Ministerium und dem vorgelegten Minister nicht korrekt benahm und sich gegenüber dem ihm unterstellten Personal verächtlich über ihm vorgelegte Personen ausdrückte. Auch dem Vorwurf des Mangels an Gewandtheit bei Erledigung einiger besserer Angelegenheiten sowie dem Vorwurf der unrichtigen Geldgebarung gegen Feraler Stimme das Gericht zu. Die Beschwerde Berglers wird also wegen Grundlosigkeit abgewiesen. Die Beschwerde gegen die Entschlüsselung des Präsidenten der Republik bezüglich Berglers Pensionierung wurde als unzulässig abgewiesen, da es sich in Wirklichkeit um eine Entscheidung des Außenministeriums gehandelt habe. Das Gericht hat also nicht einmal über die Frage beraten müssen, ob der Präsident der Republik überhaupt für irgendeinen seiner Akte vor dem Forum des Obersten Verwaltungsgerichtshofes verfolgt werden kann.

Die „Sozialistische Revolution“, wissenschaftliches Organ der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (Verlag Graphia, Karlsbad), ist jeben zum erstenmal, und zwar als Monatschrift, erschienen. Sie enthält eine Fülle von interessanten Beiträgen. Das Ziel der Zeitschrift ist die geistige Vorbereitung zur Führung des Kampfes gegen Hitler und zur Ausübung der Macht. Unter den Mitarbeitern befinden sich zahlreiche Personen, die in Deutschland leben und die deshalb anonym oder pseudonym auftreten. Daneben aber sind auch führende Persönlichkeiten der internationalen Politik Mitarbeiter. Die erste Nummer enthält folgende Aufsätze: Die Zeit und ihre Aufgabe; Harold A. Laski-London, Ein Wort der Mahnung; Max Klinger, Der Rückfall in den Nachtstaat; Georg Deder, Nicht radikal genug; Alexander Schifrin, Hitler-Deutschland und Europa; Katholizismus, Das Ende des politischen Katholizismus; außerdem Stoffen und Bücherschau. Preis des 40 Seiten starken Heftes 4 Kr.

## Einem halben Jahre Kerker

für Dienstleistung in der 22.

Am Donnerstag hatte sich vor dem Kreisgericht in Mähr.-Osterr. der 22-jährige Franz Wagner, Zimmermaler aus Skrečon, wegen Vergehens nach dem Schutzgesetz zu verantworten. Wagner war heuer im Juni nach Deutschland geflüchtet, trat in die 22. ein, machte Waffenübungen mit und nahm an Manövern an der tschechoslowakischen Grenze teil. Nach vier Wochen wurde er sich der Strafbarkeit seiner Handlungen bewußt und kehrte in die Tschechoslowakei zurück, wo er verhaftet wurde. Er wurde vom Kreisgericht zu einem halben Jahre Kerker verurteilt.

# Sparanträge den Organisationen vorgelegt

Antwort binnen kurzer Frist

Prag, 14. Oktober. (Anflich.) Die Vertreter der Exekutive der öffentlichen Angestellten wurden am gestrigen Freitag von den Ministern Dr. Cizek, Dr. Franko, Dr. Matoušek, Dr. Meißner und dem Finanzminister Dr. Trapl empfangen. Der Deputation wurde hauptsächlich seitens des Finanzministers die gesamte wirtschaftliche und finanzielle Situation des Staates offen dargelegt, eine Situation, die die Regierung zwingt, im Interesse der Stabilität der Währung, der notwendigen Herabsetzung der Preise der Bedarfsgegenstände und der weiteren Herabsetzung des Zinsfußes eine möglichst umfangreiche Reduzierung des Staatsvoranschlags für 1934 durchzuführen. Die notwendigen Kürzungen müssen zum Teil auch durch die Herabsetzung der Personalausgaben gedeckt werden.

Den Vertretern der Exekutive wurde der Plan der beabsichtigten Ersparungen in den Personalausgaben mitgeteilt und sie aufgefordert, eventuell auch andere Möglichkeiten in Erwägung zu ziehen, wie der geforderte Betrag heringebracht werden könnte.

Die Vertreter der Exekutive erklärten, daß sie versuchen werden, solche Möglichkeiten zu finden, und daß sie ihre Anträge mit aller Beschleunigung der Regierung vorlegen werden.

## Die freigewerkschaftlichen Staatsangestelltenverbände zur Situation

Am Samstag fand eine Beratung des Präsidiums der Sektion und des Kartells der öffent-

lichen Angestellten bei der gemeinsamen gewerkschaftlichen Landeszentrale statt, in welcher die vorgelegten Ersparungsanträge über Personalsparmassnahmen durchbehandelt wurden. Hinsichtlich der Vorlage über die Verschiebung der Auszahlung der Gehalte vom 1. auf den 15. jedes Monats beschwerte sich die Vertretung, daß die Vorlage der Sektion, bzw. dem Kartell erst am dem Tage vorgelegt wurde, an dem die Vorlage durch die Regierung im Prinzip genehmigt wurde, so daß der Sektion, bzw. dem Kartell überhaupt keine Möglichkeit geboten war, hierzu Stellung zu nehmen. Die zweite Vorlage betreffend die Aenderung der Aktivitätsgebühr usw. sowie das Ruben der automatischen Vorrückung ist nach Ansicht der Sektion und des Kartells eine Vorlage, welche die ganze Schwere der Ersparungen den mittleren und niederen Kategorien auferlegt. Die Sektion und das Kartell fordern dringend, daß die Gewerkschaftsorganisationen durch die beruflichen Faktoren zeitgerecht informiert und nicht vor fertige Entscheidungen gestellt werden. Die Gewerkschaftsorganisationen haben sich niemals geweigert, über Ersparungsmaßnahmen zu verhandeln, und doch werden sie neuerlich bei solchen Fragen übergangen. Mit Rücksicht auf diese Situation wird das Präsidium der Sektion und des Kartells die Frage der weiteren Vorgangsweise zur Geltendmachung des Standpunktes der Staatsangestellten-Organisationen weiter behandeln.

## Tagesneuigkeiten

### Neuwahlen!

Neuwahlen haben Sie angelehnt, nachdem Sie die Gegner zu Tode geht, nachdem Sie die Kämpfer der Freiheit erschlagen, nachdem es unmöglich, die Wahrheit zu sagen, nachdem alle Rechte der Massen zerstückt!

Neuwahlen haben Sie proklamiert, doch wehe dem, der linksrum marschiert —! Die Wählerparade, die ausgegeben, Sie lautet: Die Stimme, Mensch, oder das Leben! Und wer nicht lacht, der wird massakriert!

Neuwahlen? Ihr wißt, daß das Volk sich nicht wehrt, Ihr habt es geknebelt, geschändet, entehrt — Noch einmal wird Euch der Schwindel gelingen, Ihr werdet die Opfer zur Urne zwingen, Bis sich die Schale des Jornes entleert! N. S.

## Wieder eine Explosion in Brünn

Gestern Nachmittag reinigte die in Brünn beim Botanischen Garten, Nr. 17, wohnhafte Jährlichsgattin Johanna Minařil in ihrer Wohnung mittels Benzin ein Kanapee. Beim Decknen der Sparherdlinz erfolgte eine Explosion der angesammelten Benzingasse.

Die Detonation war so mächtig, daß sie in der ganzen Stadt zu hören war. Alle Fenster wurden mit den Rahmen aus der Mauer gerissen und die Wohnungseinrichtung begann zu brennen.

Die beiden in der Wohnung anwesenden Ehegatten Minařil erlitten schwere Verbrennungen an den Händen und im Gesicht und mußten von der Rettungsgesellschaft in das Divisionshospital gebracht werden.

Die Wohnung wurde stark verwüstet, einige kleinere Möbelstücke stiegen bis auf die Straße. Das Feuer wurde von der städtischen Feuerwehr gelöscht.

## Kämpfe in Bangkol.

Bangkol, 14. Oktober. (Reuter.) Die regierungstreuen siamesischen Truppen in der Hauptstadt eröffneten das Feuer auf die meuernden Abteilungen aus der Provinz, die gegen Bangkol zichen. Die Hauptstadt ist von Besorgnissen erfüllt, daß die Kämpfe sich auch auf die innere Stadt ausdehnen werden. Der größte Teil der Geschäfte und Geschäftshäuser ist geschlossen. Die Banken und die Geschäftshäuser der ausländischen Staaten werden bewacht. Die Bewohner der Vorstadtviertel wurden aufgefordert, zu übersiedeln. Viele Häuser wurden bei kleineren Zusammenstößen zwischen den Regierungsgruppen und den Aufständischen beschädigt.

## Fünf Menschen in einer Kiste

auf billiger Amerikasfahrt.

Aus Palermo wird berichtet: Mittwoch ereignete sich im hiesigen Hafen ein bemerkenswerter Zwischenfall, welcher große Erregung verursachte. Auf dem Motorschiffe „Bulcania“, welches von Neapel in Palermo eintraf, fiel beim Heben mittels eines Kranes eine schwere große Kiste herab, welche durch den Anschlag beschädigt wurde. Hierbei wurde in der Kiste eine Menschenhand beobachtet. Die Kiste wurde geöffnet, und man fand darin fünf lebende Menschen, welche sich mit Proviant versehen hatten und

sich in die Kiste einsperren ließen, welche als Gepäck nach Amerika aufgegeben wurde, wohn sie auf billige Art und ohne Ausweise gelangen wollten.

## Ziehung der Klassenlotterie

- 50.000 Kr.: 34.826.
- 40.000 Kr.: 59.754.
- 20.000 Kr.: 5.298.
- 10.000 Kr.: 22.895, 34.832.
- 5.000 Kr.: 5.799, 14.823, 18.073, 24.800, 25.481, 30.112, 39.383, 41.455, 48.005, 50.014, 50.063, 54.633, 64.232, 66.454, 67.093, 79.879, 86.498, 92.438, 93.472, 93.752, 98.424, 100.903.
- 2.000 Kr.: 1.797, 1.744, 1.812, 1.124, 6.032, 8.398, 9.031, 9.115, 9.709, 12.219, 12.909, 12.918, 13.032, 14.626, 15.779, 16.485, 16.469, 16.558, 17.327, 18.028, 18.314, 18.332, 19.513, 19.824, 21.056, 23.392, 27.111, 27.619, 28.614, 29.282, 29.739, 30.137, 30.210, 34.922, 36.993, 37.154, 38.703, 42.443, 44.596, 46.477, 46.647, 47.242, 48.126, 48.871, 53.031, 54.371, 57.566, 60.519, 60.775, 61.872, 63.922, 65.181, 65.477, 66.312, 68.286, 68.567, 68.798, 69.053, 73.872, 74.596, 75.556, 76.737, 76.855, 78.163, 80.302, 84.261, 86.742, 93.340, 93.787, 97.857.
- 1.200 Kr.: 2.163, 7.036, 8.226, 8.701, 22.651, 23.064, 23.945, 40.888, 60.505, 62.465, 64.117, 67.188, 73.042, 81.508, 82.677, 84.577, 88.189, 93.385, 98.913.

Gefährlich geschöpfter Schund. Im Lande der von Herrn Goebbels garantierten Pressefreiheit hat sich ein bezeichnender Vorfall zugetragen. Der gleichgeschaltete, im übrigen aber doch noch nicht ganz korrumpierte Filmkritiker des „Berliner Tageblatt“ hat es gewagt, einen neuen Film, der sich durch seinen Titel „Ist mein Mann nicht faßhaft?“ selbst charakterisiert, ein armseliges Nachwerk zu nennen, und er hat hinzugefügt, daß dieser Film, der Autorennamen verschweigt und fälscht, eine Fregierung des Publikums ist. Daraufhin hat ein Berliner Gericht den tollkühnen Mann verurteilt. In der Urteilsbegründung, die der Goebbelsche „Angriff“ ausführlich veröffentlicht, wird geltend gemacht, daß die Hersteller des Films Nationalsozialisten sind und den Film vor allem für den Export produziert haben. Da das „Berliner Tageblatt“ im Ausland gelesen wird, bedeutet die abfällige Kritik eine Entehrung des nationalsozialistischen Filmgeschäfts und damit der nationalen Belange. Es herrsche zwar in Deutschland Pressefreiheit, so beteuert das Gericht, aber soweit wie der Angeklagte dürfte man auf keinen Fall gehen... Der Vorfall ist ein reiches Beispiel für die Situation der Kritik in einem Lande, in dem Kultur und Wahrheit brutal unterdrückt und ausgerottet sind. Zugleich aber ist er ein sehr deutlicher Beweis für die von uns immer wieder aufgestellte Behauptung: daß die braunen Filmschieber in Berlin mit eigens für das Ausland hergestellten Schund Gewinne erraffen wollen, die hinterher den nationalen Belangen“ des Dritten Reiches zugute kommen — und daß alle, die dieses Geschäft aus Blut und Schmutz unterstützen, sich zu Mitschuldigen des braunen Terrors machen. Hoffen wir, daß der Boykottwille aller anständigen Menschen in der Welt die Bemühungen der Berliner Filmgauner, die Anstrengungen des Herrn Goebbels und die Methoden seiner Justizkollegen so erfolglos macht, wie sie es verdienen.

## Razi-Mord an der Produktion — wenn nicht Mord am Autor.

Leipzig, 12. Oktober. (Anpreß.) Im „Buchhändlerbörseblatt“ befindet sich folgende, wie eine Todesanzeige die umrahmte Ankündigung:

Unter den Namen der Mitarbeiter einer der im Ausland erscheinenden Emigrantenzeitschriften steht, wie wir jeben erfahren haben,  
**Martin Andersen Negroe.**  
Wir sehen in solcher Mitarbeit eine deutschfeindliche Betätigung und haben deshalb mit sofortiger Wirkung die Auslieferung seiner Bücher eingestellt.  
Verlag Albert Langen/Georg Müller, München.

Unter der verdeckten Formulierung „einer der Emigrantenzeitschriften“ ist das Braunbuch gemeint, in dem ein Beitrag des weltbekannten Schriftstellers Martin Andersen Negroe abgedruckt wurde. Wenn die Nazis nicht, wie im Fall Theodor Lessing, den Autor morden, dann morden sie die Produktion. Die Ankündigung, die in der die umrahmten „Todesanzeige“ liegt, läßt alle weiteren Möglichkeiten offen.

Gegen die Stargagen. Der Kode der kinematographischen Industrie in USA. enthält nunmehr eine Bestimmung, die Geldstrafen bis zu 10.000 Dollar jenen kinematographischen Firmen auferlegt, die Künstler zu unsinnig hohen Gagen beschäftigen.

Explosion auf einem Tanksschiff. In Vancouver (Zust New Jersey) ereignete sich an Bord eines eine Petroleumladung führenden fremden Tanksschiffes eine Explosion. Eine Person wurde getötet, eine größere Zahl von Personen verletzt. Sieben Personen werden vermisst. Der Brand, welcher infolge der Explosion entstand, breitete sich auch auf zwei kleine Schiffe aus, welche die Ueberfuhr der Ladung des Tanksschiffes besorgten.

Furchtbares Verbrechen. Im Arbeitsdienstlager Arummendich bei Stade hat die politische Polizei einen guten Fang gemacht. Sie verhaftete nach einer plötzlich vorgenommenen Untersuchung des Logers den 22-jährigen Arbeitsdienstwilligen Hähnisch und brachte ihn nach Hamburg. Dort sitzt er in Untersuchungshaft. Es besteht gegen ihn der dringende Verdacht, ein Sohn des früheren sozialistischen Kultusministers Hähnisch zu sein.

Kubelik gegen Radio. Nach seinem Prager Konzert vor einigen Tagen ist Jan Kubelik auf eine vierwöchige Konzertreise nach England gegangen. Der jetzt 53 Jahre alte Virtuos hat in den 34 Jahren seiner künstlerischen Tätigkeit über eine Million englischer Meilen zurückgelegt, welchen Rekord die Londoner Presse gebührend hervorhebt. Einem Ausrufer vom „Daily Herald“ gegenüber sprach Kubelik sich höchst ablehnend gegen das Radio aus: „Ich habe nur ein einziges Mal, in Montevideo, vor dem Radio gespielt“, sagte er, „aber ich will es nicht wieder tun. Es ist schrecklich, das Mikrophon hängt vor dem Künstler wie das Schwert des Damokles und tötet des Spielers schöpferische Kräfte. Wie können Sie Ihre Seele in das Geigenspiel hineinlegen, wenn Sie wissen, daß es nicht wie eine Geige tönen wird? Das Mikrophon macht alle Musikstimm gleich.“ Aus diesem Interview geht aber nicht hervor, ob nicht vielleicht die sieben Kinder Kubeliks, die alle musikalisch sind, daheim Radio hören, wenn der berühmte Papa irgendwo draußen in der Ferne konzertiert.

Berriots Befinden hat sich so weit gebessert, daß die Ärzte bereits Besuche zulassen. Der ehemalige Ministerpräsident wird sich bald nach dem Süden zur Erholung begeben.

## Vom Rundfunk

Empfehlenswertes aus den Programmen.

Montag.

Prag 10.10: Schallplatten, 15.30: Schallplatten, 16.50: Kinderrede, 18.30: Deutsche Sendung; Forman: Der Weg des Zeitfilms zum Kunstwerk, 22.15: Fürsorgeeinrichtungen in der Tschechoslowakei. — Brünn 15.40: Das Leben der Frauen in Sibirien, 18.00: Körpererziehung, 20.40: Klavierkonzert, 21.00: Judith, Kantate. — Rastau 16.30: Populäres Konzert, 19.10 Dr. Kogel: Verbrechen und Gesellschaft. — Wien 15.30: Für die Jugend, 19.00: Unterhaltungskonzert, 21.00: Konzert der Wiener Philharmoniker. — Heilsberg 20.10: Ballettmusik. — Breslau 20.10: Volkskonzertkonzert. — Berlin 20.00: Aus Kindern werden Meister. — München 21.00: Rix für ungut, Herr Nachbar.

Dienstag.

Prag 10.10: Deutscher Schuljunt, 15.30: Schallplatten, 16.00: Nachmittagskonzert, 16.55: Jugendfunk, 18.30: Deutsche Sendung; Arne Eisinger singt, 20.25: Drama auf dem Meere, Körperpiel, 21.25: Arbeiterkonzert, 22.15: Nachkonzert. — Brünn 15.30: Schallplatten, 18.00: Aktualitäten der Woche, 18.25: Deutsche Sendung; Prof. Müller: Ferdinand von Saar, 20.20: Aristofanes, Rebue. — Wien 15.35: Kinderstunde, 19.25: Samsen und Salika, Oper von Saint Saens, 22.15: Barmusik. — Heilsberg 16.00: Unterhaltungskonzert. — Berlin 18.00: Kleines Kabarett, 20.15: Vom braven Rasperl und schönen Annerl, von Brentano.

### Unterstützt die Lotterie der Arbeiterfürsorge!



Lose sind zu haben bei den Vertrauensleuten der verschiedenen Organisationen.

### Volkswirtschaft und Sozialpolitik

#### Ziele und Aufgaben des Holz-Syndikats Wo bleibt die Vertretung der Arbeiterschaft?

Die Regierung der Tschechoslowakei wird demnächst Durchführungs-Bestimmungen zur Schaffung des Holzsyndikates herausbringen. Vor wenigen Tagen fanden Beratungen der Interessenorganisationen statt. Eine Delegiertenkonferenz der zwölf bereits bestehenden Sägekonventionen stellte sich auf den Standpunkt, daß diese Konventionen in eine allösterreichische Genossenschaft mit einheitlicher Leitung umgewandelt werden sollen. Diese soll einen Teil des in Aussicht stehenden Syndikats bilden. Außer der Sägeindustrie sollen darin vertreten sein der Waldbestand, die Händler, die Detailisten, die Kommissionäre, die holzverarbeitenden Industrien wie die Zimmermeister, die Tischler, die Imprägnierwerke, die Kistenfabrikanen usw. Es ist also an eine umfassende Vertretung gedacht. Nichts hört man von der Vertretung der Arbeiterschaft, an der Leitung und der Exekutive des Syndikats. Wir werden darauf noch zu sprechen kommen.

Der Zweck des Syndikats ist zusammengefaßt folgender: Aufstellung von Richtlinien für die Einfuhr von Holz; die Sorge für den Absatz und die Verwertung des Rohholzes und der Halbfabrikate; die Sorge für die hinreichende Versorgung der Unternehmungen mit Holz zu angemessenen Preisen sowie für die Ausfuhr dieser Ware heimischen Ursprungs. Die Syndikatsbestimmungen werden außer den Zollpositionen 183 b, c und 134 a alle übrigen Holzsorten umfassen. Außer diesen Holzarten, die einfuhrfrei sind, wenn das Syndikat nicht binnen acht Tagen Einspruch erhebt, sollen für alle übrigen Produktionsmengen Mindestpreise festgesetzt werden. In der bereits genehmigten Konferenz der Sägeverkonventionen wurde beschlossen, die Mindestpreise der Sägeverkonventionen um 15 Prozent zu erhöhen. Die Rundholzpreise sollen eine Erhöhung um 35 Ko erfahren, Ausnahmebestimmungen sind für die Slowakei und Karpatenland vorgesehen. So viel über Zweck und Aufgabe des Syndikats.

Von einer Vertretung der Arbeiterschaft in der Leitung und Exekutive des Syndikats ist, wie bereits bemerkt, nirgends die Rede. Wenn schon staatlicherseits versucht werden soll, durch entsprechende Organisationen in die Produktion und den Handel einzugreifen, kann die Arbeiterschaft eines demokratischen Landes eine Vertretung verlangen. Dies um so mehr, weil alle Branchen des Holzgewerbes durch die Unternehmer vertreten sein sollen. Eine Vertretung müßte also den Verbänden der Forstarbeiter und der holzverarbeitenden Gewerbe aller Art zugestanden werden. Dabei müßte noch auf die nationale Zusammensetzung der Bevölkerung Rücksicht genommen werden. Die durch staatlich beauftragte Kartelle und Syndikats geregelt Wirtschaft darf schlechthin nicht das alleinige Betätigungsfeld der Unternehmer sein. Zumal das Wohl und Wehe der Arbeiterschaft — nicht nur der indusrierten Industrien — von der Tätigkeit der einzustehenden Organisationen abhängt. Eine verantwortliche Mitwirkung der Gewerkschaften ist deshalb in einem Lande mit demokratischer Tradition ein Gebot der Stunde.

# „Madame Veto.“

## Zu ihrem hundertvierzigsten Todestag.

Von Hermann Wendel.

Viele Maler und Bildhauer haben die Tochter Maria Theresias in den Tagen ihres Glanzes, als österreicherische Erzherzogin, als französische Kronprinzessin, als Königin von Frankreich, mit den Mitteln der bildenden Kunst gestaltet, aber all die üppigen Porträts und Büsten übertrifft an durchschlagender Wirkung eine fast sorgliche Federzeichnung, die die Sabsburgerin in einem der erschütterndsten Augenblicke ihres Lebens zeigt — am 16. Oktober 1793: nicht mehr als allmächtige Souveränin und unschmelzliche Majestät, sondern als die „Witwe Capet“. Sie trägt kein Staatsgewand von Atlas oder Samt, sondern ein unscheinbares Musselinleid; über ihrer Stirn türmt sich kein etagenhohes Haarwerk des Hofcoiffeurs Leonard, sondern unter ärmlichen Händen drängen sich ein paar graue Strähnen vor, die im Nacken abgeschnitten sind; die Hände spielen nicht mit einem kostbaren Nöcher oder einer vollerblihten Rose, sondern sind auf dem Rücken gefesselt, und sie sitzt auf keinem goldenen Thronstuhl, sondern auf einem ganz gewöhnlichen Karren, und dieser Karren führt sie stracks und unaufhaltsam zu dem Platz, wo mit hungrigem Messer die Guillotine auf sie wartet. Auf dem Wege dorthin, vor einem Café der Rue Saint-Honoré, hat Louis David, ein großer Künstler des Stiffs und Pinself, Marie Antoinette so erhascht und auf Papier geworden.

Manchem Betrachter erscheint dieses Bild mehr als Karikatur denn als Porträt, und da der Maler, dessen Genius später den Imperator Napoleon verherrlichen sollte, damals noch ein frommer Republikaner und Freund Robespierres war, liegt die Vermutung nahe, daß das habe ihm die Hand geführt. Aber was immer im Herzen Davids vorging, sein Auge war unbestechlich, und seine Hand hielt nur fest, was sein Auge sah. Mit Recht heißt Stefan Zweig in seinem unlängst erschienenen Werk „Marie Antoinette“ diese Federzeichnung „eine grauenerregend großartige Skizze, mit unheimlicher Kraft ganz heiß aus dem Leben geholt“. „Eine unglückliche Verächtlichkeit spricht aus jeder Linie des versteinerten Gesichtes, eine unerhörliche Entschlossenheit aus der hochgehämmten Brust: Dulden, das sich in Trotz verwandelt, Leiden, das innen zur Kraft geworden ist, gibt dieser gequälten Gestalt eine neue und fürchtbare Majestät.“ In menschlichem Mitleid schlägt Zweig ein fühlend Herz für die Frau, die ihm von der „Göttin der Grazie und des Geschmacks“ zur „geprüften und erwählten Königin alles Leidens“ herabgelassen oder aufgestiegen war; auf diesen letzten Seiten sieht er fast nur das grausame Schicksal und nicht die große Schuld Marie Antoinettes.

Aber wenn sein Buch, die Gemüter bewegend, als Tragödie endet, so treibt die ganze Darstellung mit zwingender Logik diesem Schluß zu. Zwar ist Zweig ein Dichter, der von einer Fülle der Geschichte bequemt wird, als ein Historiker, dem die Geschichte ihre inneren Zusammenhänge erschleiert. Er irrt nicht nur, wo er Danton mit der Verantwortung für die Septembermorde belastet, wo er den schwedischen Liebhaber der Königin, Graf Axel Fersen, über Gebühr romantisiert oder wo er der Konstitution und Legislative republikanische Absichten unterschiebt, sondern auch seine Gesamtaufassung der Revolution erscheint zweifelhaft, da er von der „Aufhäufung des ganzen Reichtums in den Händen von ein paar Duzend Feudalgeschlechtern“ spricht, während sich doch die revolutionäre Spannung aus dem Unterschied zwischen der wirtschaftlichen Macht und politischen Ohnmacht des Bürgertums ergab, und auch wenn er auf die Frage, was die Revolution über ihr eigentliches Ziel hinausgetrieben habe, antwortet: „Die Furcht aller, als gemahigt zu gelten“, vergißt er ganz, daß der Krieg gegen halb Europa und, durch ihn hervorgerufen, Lebensmittellieferung und Massenverderb die Pferde waren, die den Wagen ungestüm über Stroh und Stein vorwärts rissen.

It jedoch Zweigs Geschichtsbetrachtung viel zu individualistisch, um ein perspektivisch zureich-

des Bild der Revolution zu liefern, so vermag er all seine glänzenden Gaben voll zu entfalten, wo es Charakterisierung und Charakterdurchleuchtung gilt. Das Porträt Marie Antoinettes und ihres stumpfsinnig-schwerfälligen Gatten, der Ludwig XVI. hieß, ist von unvergeßlicher Leuchtkraft. Mögen die Farben schon gemischt gewesen sein, da in den vor zwei Menschengaltern veröffentlichten Geheimberichten des österreichischen Postkastens am Versailles Hof, Grafen Merck-Argenteau, und in dem Briefwechsel Marie Antoinettes mit ihren Brüdern das reichste psychologische Material vorliegt, mag auch mancher Geschichtsschreiber seitdem die Linie angezeichnet haben, indem er die Tochter Marie Theresias als Frau sah, die weder im Guten noch im Bösen das Durchschnittemaß überragte, so gibt der Seelendeuter Zweig vertiefend und hervorhebend, Licht und Schatten verteilend, doch soviel aus eigenem Gut, daß dieses „Bildnis eines mittleren Charakters“ ganz plastisch aus seinem Rahmen tritt.

Keineswegs wird die private und historische Schuld Marie Antoinettes vertuscht. Sicher ein Opfer ihrer Herkunft, Erziehung und Umgebung, aber ungewöhnlich stur in ihren Gottesgnadenhübel verbodet, mühte sie sich nie, auch nur das Geringste von der gewaltigen Entwicklung zu verstehen, die mit dem Bastillensurm begann; jeder Rechtsanspruch der Nation war für sie eine ungebährliche Aufsehung des Böfels, und vom ersten bis zum letzten Augenblick betrachtete sie die Revolution „einzig als eine unfaire, von den niedrigsten und gemeinsten Instinkten aufgewühlte Zusammenwühlung“; von dem weltgeschichtlichen Recht, von dem aufbauenden Willen der Bewegung begriff sie nichts, „weil sie entschlossen war, nur ihr eigenes Königsrecht zu verteidigen und zu behaupten“. Dieser ihr Widerwille gegen die neue Form und den neuen Inhalt des Staatslebens trieb sie zum offenen Landesverrat und ausgesprochenen Hochverrat; vier Tage vor Beginn des Krieges gegen Österreich entließ sie dem österreichischen Postkoffer den Feldzugsplan der Revolutionärsarmee und tat auch fürder alles, um die Niederlage Frankreichs zu beschleunigen. Aber wenn Zweig als mildernden Umstand anführt, daß der Begriff Vaterland und Nation in den Seelen des achtzehnten Jahrhunderts noch nicht geklärt gewesen sei, so war doch die Revolution die Geburtsstunde aller nationalen Werte, und ein Königtum, das weiter die dynastischen statt der nationalen Waise anlegte, brach über sich selber den Stab.

Die Stellung Marie Antoinettes zur Revolution ergab sich im Grunde wie von selbst aus ihrer Lebensführung und Lebensanschauung bisher. Nirgends wird dieses unglücklich eitle, nichtige und nichtsunwige, dieses vollkommene Schwarzgoldsein ähnlich anschaulich wie in dieser farbenanreichen Darstellung eines Dichters. Mit solcher Auffassung und mit Temperament ganz anders begabt als ihr regloser Nechtlad von Mann, war die Sabsburgerin doch nur ein leichtsinniges und hemmungsloses Geschöpf mit einem Kolibrihirn. Von Vergnügungssucht herumgewirbelt, ließ sie nichts Erstes an sich heran, kein Buch las sie je zu Ende. Für Politik um der Politik willen, um Schicksal im Großen zu formen, war ihre heilige Energie zu gering, die Spannweite ihres Geistes zu eng, ihr Wesen zu träge; dafür wußte sie sich spielerisch, um Günstlingen gefällig zu sein, in die politischen Geschäfte und verließ nach Laune Rang und Titel, Kemer und Pensionen. Die vierzig Jahre, die sie die Krone trug, waren „ein ewiges, um das eigene Ich kreisendes Bewegtsein, das, keinem äußeren oder inneren Ziel zugewandt, menschlich und politisch einen völlen Leerlauf“ ergab, denn Königin sein hieß für Marie Antoinette ausschließlich als die eleganteste, die lohnendste, die bestbezahlteste, die verdienstlichste und vor allem die vergnügteste Frau des Hofes bewundert zu werden. An ersten Mahnungen, sie möge in sich gehen, Pflichtbewußtsein lernen, Verantwortungsgesühl annehmen, fehlte es wahrscheinlich nicht, aber die bekümmerten Beschränkungen ihrer Mutter und ihres Bruders Joseph II. schlug sie lachend in den Wind; es fiel ihr gerade ein, sich von Kapuzinaden langweilen zu lassen! Mit diesem unerhörlichen Leichtsinne erschien sie als die typische Vertreterin nicht einer Generation, aber der verpöhlten, angepöhlten, rein geistlichen Oberstufe einer Generation, die nach ihrem Kulturstil das Aftolo heißen dürfte. Marie Antoinette war die Königin des Aftolo.

Darum vollzog sich alles nach ehernten Gesetzen der Notwendigkeit. Eines Tags schlug das Volk mit der Faust auf den Tisch, das seine Aftoloroyalten verklirrte in Stücke. Ludwig XVI. wurde in den Käfig einer Konstitution gesperrt, und da ihm gegen die Beschlüsse der Nationalversammlung nur ein Einspruchsrecht, ein Veto blieb, hieß die Königin im Volkstum Madame Veto. Bald lang, scharsichtig in ihrem Sak, die Gasse die Carnaques:

Madame Veto avait promis  
De faire égorger tout Paris.

Madame Veto verbieth,  
Abzuwürgen ganz Paris.

Und nach den zahllosen Triumph- und Listfahrten der glänzenden, glücklichen, gefeierten Königin kam die letzte tragische Fahrt auf dem Karren, auf dem Davids Stiff sie festgehalten hat.

### Viele Menschen verlieren alle Lebensfreude,



### Vom Prager Rundfunk

Daß die großen Programmversprechungen unserer Sendeleitung mit Vorsicht aufgenommen werden müssen, beweist sich schon jetzt, wenige Wochen nach Beginn des herbstlichen Arbeitsabschnitts. Es ist dieselbe stilllose Mischung gegenständlicher Elemente, die wir seit Jahr und Tag Radioprogramm zu nennen gezwungen sind. Die Beziehung zur Gegenwart mit ihren Problemen stellt einzig der Mittwoch her. Dr. Käthe Haas spricht freundliche und verständige Worte über die „unbedeutenden Frauen“ — das Meer der Bürobeamten, der Hausfrauen der Krankenpflegerinnen, die alle an dem Ruhm der Sportgärl, der Schönheitsköniginnen und Filmsternen keinen Teil haben und doch so viel mehr leisten als diese, — stillen Bestimmen täglicher opfervoller Pflichterfüllung. Schade, daß die Vortragende nicht die Zeit fand, wenigstens hinzuweisen auf die soziologischen Voraussetzungen und Folgerungen dieser Tatsache: die Proletarisierung der unglücklicheren Wehrheit aller Völker zwingt die Frauen in die Arbeitsfront des Kapitalismus, befreit sie aber auch gleichzeitig aus der Vormundschaft des Mannes und stellt sie ihm ebenbürtig als Mitkämpferin zur Seite.

Gen. Dr. Robert Baumgärtl, Prag, zeigt die soziale Bedeutung der modernen Strahlungsart. In diesem Vortrag konnte man keine Freude haben. Gerade gegenüber dem Rückfall Hitlerdeutschlands in mittelalterlich barbarische Auffassungen vom Sinn der Strafe und ihrem Vollzug ist diese vorwärtsweisende Klarheit und Wärme, dieser Beweis der unerfülllichen Vorzüge sozialer Demokratie so tröstlich. Strafe als Erziehung, als Besserung, deshalb Strahlungsart als Wiedererziehung der Verbreiter in die Gesellschaft, Beginn dieser Arbeit schon beim Strafantritt, — aber nicht mit „Exerzieren“ und Viederlingen, wie in Goerings Konzentrationslagern, sondern mit individueller Zählung, angemessen der Bildungsfähigkeit des Strahlenden, — dann nach verbühler Strafe Rückführung ins Berufsleben, Hilfe zur Gründung einer neuen Existenz, — das sind die Grundlinien und Klappen moderner Strahlungsart. Vorläufig leider größtenteils nur Ideal und, wie der Redner betonte, nur im Rahmen eines großen, umfassenden sozialen Aufbauprogramms ganz befriedigend zu verwirklichen. Aber feststehend als Ziel, zu dem jeder mögliche Schritt getan werden muß. Vorbildlich klar hatte der Vortragende das zum Bestehen seines Stoffes Wesentliche herausgearbeitet, so daß die Form dem wertvollen Inhalt des Vortrags keine Gefahr war.

Was aber soll man sonst von dieser Woche rühmen? Das ist ein überschwängliches Bild des Bildhauers Franz Rejzner von Franz Höller aus im Stil neuzeitlicher Selbstbeherrschung entworfen? Das immer wir an Rejzner schauen mögen, er bleibt doch nur eine zeitgebundene und auf eine gewisse klobige Monumentalität begrenzte Eigenart und es ist mehr als lahn zu behaupten, auf seinen Schultern stünde der geniale Bildhauer Meiswiler! — Oder sollen wir uns begeistern für die Geschichtsauffassung des Herrn Univ.-Prof. Dr. Viktor Ehrenberg, der in der Entstehung des Christentums das soziale Moment ausserordentlich leuchtet und uns eine rein religiöse Bewegung, Erlösungssucht der antiken Menschen glauben machen will? Während für uns doch die Frage erst dort anfängt, wobei er sich beruhigt, indem wir wissen wollen, woher diese Erlösungssucht denn kam, wenn nicht aus den sozialen Zuständen der verfallenden antiken Welt? Es spricht sich schon von „Weltprinzip“ und „Welt“ und anderen schweren Wörtern, aber wir können uns halt nichts dabei denken, wir Armen! — Oder soll uns der Ausflug ins Mittelalter ergötzen, wo Dr. Franz Lorenz die schöpferische Bedeutung der Kamille für das Handwerk findet? Wir hören die süßen Töne von „Blut und Verehrung“ von Ueberlieferung und „Pitaval des deutschen Familiengeistes“ (als ob es 4 V. in Frankreich anders gewesen wäre!) und uns wird schon schwach — wir erkennen die minig-linige Zehnzahl unserer Reaktionen nach Rumpfwang und häßlicher Glibberung, alle diese unjünglichen Phrasen, mit denen die fleubürgerlichen Nachläufer den Kapitalismus retten möchten. — Und soll uns Gegenwart gewinnen, wenn sie uns in Form bester Peretten schlagert entgegentritt, aus denen auch Edith Tamara nichts anderes machen kann, als was sie sind: blamable Selbstenttarnung der verkommenen großbürgerlichen Welt!

Das ist alles, was uns in den kostbaren Stunden unserer deutschen Zensur erboten wird. Angeföhls solches bölligen Verlogens fragen wir, — und wir verlangen Antwort! — wer ist eigentlich für die Zusammenstellung dieser Programme e (soweit sie nicht von unabhängigen Gruppen beigelegt werden) verantwortlich? Ist es der Direktor der Prager Urania allein, S. Dr. Josef Frank? Oder der Berater und welche? Wer hat diese Verantw. Diese Fragen müssen unbedingt geklärt werden, denn es geht nicht an, daß eine der kostbarsten und wirksamsten Kulturleistungen der deutschen Tschechoslowaken derart leerläuft, während sie die wichtigsten Aufgaben einer drama- und notwendigen Zeit zu erfüllen hätte! Fürstena u.

### Braune Parodien.

Alle Rechte, auch das der Verfilmung und Uebersetzung, ausschließlich bei Sami Fischer-Verlag, Berlin.

#### Der deutsche Lehrfilm.

Aus: „Hebräer grinsen Dich an“  
Als künstlerisch wertvoll und volksbildend anerkannt!

Szene: „Bei den Weisen von Zion.“  
Die Weisen beim großen Sabbatmausföhen.  
Großaufnahme Dann abblenden, das Licht fällt auf Baruch Bananensaft, der die Zähne leuchtet und ein teufliches Lachen hören läßt.

Darauf Text: „Boggon Gojim heute angekommen  
Rituelle Fröhschlagung. Wer läuft?“

Neue Großaufnahme der vergnügt schmunzelnden Weisen, die Gabel und Messer aus der Hofe ziehen und am Tisch zu wepen beginnen.  
Text: „Wir kauen! Wir kauen!“  
Die Szene verdunkelt sich. Dann die Lösung: „Juda verreckt!“ Das Horst-Wessellied erklingt!

#### Der deutsche Roman.

Aus: „Entzagt und dann verstoßen!“  
Ein Aufklärungsroman für werdende Judenleichen.  
„Unfähliche Verachtung kränkelte die Lippen des nordischen Mannes. Er stieß das Weib mit einem

lernigen Fluch von sich und schüttelte seinen blonden Schoß. „Gende“, so donnerte er die am Boden Liegende an, die sich wie ein Wurm in ihrer Schande krümmte, „hinweg von meiner sauberen Schwelle! Was Du getan, kann Dir nur Wotan verzeihen! Ein Individuum der Arierasse und mein eigen Fleisch und Blut?! O Schmach meiner alten Tage! O Schande meines in Ehren grau gewordenen Daupres! Dinous!“ Er öffnete beide Türen weit und bewegte unmißverständlich seinen Fuß. Ortrud erhob sich taumelnd und wankte gebrochen in die deutsche Landschaft hinaus. . .“

#### Das deutsche Drama.

Aus: „Horst Wessel und die Blumenfrau Ein deutsches Lantienmischdial.“  
3. Akt, 4. Szene.

Die Blumenfrau, der Nationalheld.  
Die Blumenfrau: „Heil Dir, großer Heros! Was machen die Ruten vom Alexanderplatz?“  
Der Nationalheld: „Die marschieren, Mitterchen! Sie marschieren in Reich und Glied! für die große Sache unseres noch größeren Führers.“  
Die Blumenfrau (niel nieder): „In Staub mit allen Feinden der Prostitution!“  
Horst Wessel, mit ausgebreiteter Römerhand: „Heil!“

(Vorhang.) Aijo.

